

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gemeinsame Position der Europäischen Union zum Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seinen Beschluss vom 28. Oktober 2004, in dem er sich für eine konditionierte Aufhebung des Waffenembargos der EU gegenüber China ausgesprochen hat. Weitere Verbesserungen der Menschenrechtslage in der Volksrepublik China (VR) werden als ebenso unerlässlich für die Aufhebung festgestellt wie eine friedliche Streitbeilegung mit Taiwan.

Der Beschluss des Nationalen Volkskongresses der VR China zum Anti-Abspaltungsgesetz hat eine Aufhebung des Waffenembargos zusätzlich erschwert. Der Deutsche Bundestag geht davon aus, dass Verbesserungen in den Beziehungen zwischen Taiwan und der VR China das Zustandekommen einer gemeinsamen Position innerhalb der EU erleichtern würden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für eine gemeinsame Position der EU zur Politik gegenüber der VR China einzusetzen.

Wesentliche Bestandteile dieser Politik sollen sein:

- die laufende Überprüfung des EU-Waffenembargos gegenüber der VR China vor dem Hintergrund der Menschenrechte und der friedlichen Streitbeilegung mit Taiwan,
 - eine einheitliche und verbindliche Rüstungsexportpolitik gegenüber China.
2. eine Aufhebung des Waffenembargos bei Fortschritten in China in folgenden Bereichen in Betracht zu ziehen:
 - die rasche Ratifizierung und Umsetzung des VN-Paktes über politische und bürgerliche Rechte,
 - die weitere Umsetzung der jüngsten Verfassungsänderungen im Bereich der Menschenrechte und des Privateigentums,
 - die Stärkung substantieller Autonomierechte für ethnische Minderheiten,
 - die Nichtverbreitung von Material und Technologien im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen und Trägerraketen,
 - die friedliche Streitbeilegung mit Taiwan,

- die Freilassung der mehr als 80 Personen, die noch immer wegen ihrer Teilnahme an den Protesten auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 inhaftiert sind.
- 3. sich weiterhin für die Überarbeitung eines verbindlichen EU-Verhaltenskodexes zur Rüstungsexportpolitik einzusetzen und die Anwendung der restriktiven Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland beizubehalten.

Berlin, den 11. Mai 2005

Franz Müntefering und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion